



Brüssel, den 6. Oktober 2014
(OR. en)

13855/14

AGRI 610
CLIMA 87
ENV 800
ENER 420
IND 272
COMPET 549
MI 732
ECOFIN 877
TRANS 461

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Delegationen

Betr.: Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030:
landwirtschaftliche Aspekte

Zur Strukturierung der Aussprache während des Mittagessens am Rande der Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) am 13. Oktober 2014 erhalten die Delegationen in der Anlage einen Vermerk des Vorsitzes.

I. Hintergrund

Im Januar 2014 veröffentlichte die Kommission ihre Mitteilung "*Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030*". Am 12. September 2014 führte der Sonderausschuss Landwirtschaft auf der Grundlage der Mitteilung und eines vom Vorsitz ausgearbeiteten Fragebogens (Dok. 12769/14) eine Aussprache.

Der Sonderausschuss Landwirtschaft beriet darüber, wie am besten ein kohärenter und kosten-effizienter Ansatz zur doppelten Herausforderung einer nachhaltigen Erzeugung von Lebensmitteln – vor dem Hintergrund der weltweit steigenden Nachfrage – und der Anpassung an den Klimawandel und der Minderung seiner Folgen – vor dem Hintergrund der allgemeinen Ziele der EU und der globalen Ziele – geschaffen werden kann.

Die Delegationen gingen insbesondere auf Überlegungen zu der Frage ein, wie mit Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft und der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) umgegangen werden sollte: sollten LULUCF-Emissionen in das Ziel für die Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 einbezogen werden und welcher Rechtsrahmen sollte dafür erwogen werden – eine neue Lastenteilungsentscheidung, die alle nicht unter das Emissionshandelssystem fallenden Treibhausgasemissionsquellen und -senken, einschließlich LULUCF umfasst, eine neue separate Säule mit einem eigenständigen gemeinsamen Rechtsrahmen für LULUCF und Landwirtschaft, oder eine Kombination dieser beiden Optionen. Hinsichtlich der Einbeziehung der LULUCF in das Emissionsreduktionsziel für 2030 rieten die Delegationen zur Vorsicht. Dies sollte nur auf der Basis einer gründlichen Analyse aller einschlägigen Daten und nach Umsetzung einer EU-weiten Vereinheitlichung der Anrechnungsmethode erfolgen.

Des Weiteren erwogen die Delegationen, welche (bestehenden oder zu planenden) Maßnahmen im Agrarsektor zur Anpassung an den Klimawandel und zur Minderung seiner Folgen beitragen. Diesbezüglich vertraten die Delegationen die Auffassung, dass die GAP bereits auf dem richtigen Weg sei und insbesondere durch Ökologisierung und Entwicklung des ländlichen Raums eine gute Grundlage für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Minderung seiner Folgen in der Landwirtschaft bieten würde.

II. Aussprache während des Mittagessens

Die Minister werden gebeten, über die Hauptaspekte des Rahmens für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030 nachzudenken, die für die Landwirtschaft relevant sind. Der Vorsitz wird die Minister bitten, die ihrer Ansicht nach wichtigsten Botschaften herauszustellen, die an den Europäischen Rat zur Vorbereitung seiner Beratungen zu diesem Thema im Oktober 2014 weitergeleitet werden sollten.
